



**FRAGWÜRDIGES PROJEKT: IN NIEDERSACHSEN WIRD
„DEMOKRATIEBILDUNG“ JETZT WISSENSCHAFTLICH VERABREICHT**

Uni Hildesheim sieht sich mit rechtspopulistischer Hetze konfrontiert

Von ERGO | Wer wissen will, wohin hart erarbeitetes Steuergeld reichlich abfließt, dem sei dann und wann ein Blick auf die Webseiten deutscher Hochschulen empfohlen. Zum Beispiel nach Hildesheim. Dort ist man wohl rechtzeitig auf den Zug gegen Rechts gesprungen und will niedersächsische Schüler und Studenten mit wissenschaftlichen Methoden gegen das offenbar grassierende Rechtspopulismus-Virus impfen, inclusive Schutzfaktor AfD. Hier ist das universitäre „[Zentrum für Bildungsintegration](#) – Diversity und Demokratie in Migrationsgesellschaften“ beheimatet und gefordert: Ein Team von elf überwiegend weiblichen Mitarbeitern mit offensichtlich politisch korrekter Migrationsquote, plus vielköpfigem Vorstand und Beirat hat sich erboten, Niedersachsens Bildungsminister Grant Tonne in der prekären Lage zu helfen.

Wer wissen will, was es mit dem Zentrum auf sich hat, den klärt die Uni in einer gestelzten akademisierten Sprache auf, die es anscheinend nötig hat:

Das Zentrum für Bildungsintegration der Universität Hildesheim versteht sich als Think Tank und Plattform von wissenschaftlichen, aber auch zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, die sich empirisch, grundlagentheoretisch und praktisch mit den Chancen und Herausforderungen von Inklusionsprozessen in zunehmend diverser werdenden Gesellschaften auseinandersetzen [...].

[...] Insbesondere will das Zentrum einen Beitrag zum Abbau von Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Minderheiten leisten, indem es einerseits die strukturellen Ursachen und Prozesse von Bildungsbenachteiligung, wie etwa Formen institutioneller Diskriminierung adressiert, andererseits aber auch einen Blick für das migrationsspezifische Bildungskapital entwickelt. Migration wird in diesem Zusammenhang nicht länger aus einer Problem- und Defizitperspektive betrachtet, sondern unter den Vorzeichen von Ressourcenorientierung.

Belassen wir es dabei. (Näheres [hier.](#)) Das Zentrum unter Leitung von Professorin Dr. Viola B. Georgi will nun den Anstoß zu einem „Demokratienetzwerk in Niedersachsen“ geben und damit „Demokratiefeinden trotzen“. Denn Schulen und Hochschulen in Niedersachsen würden sich derzeit verstärkt mit demokratiefeindlicher Rhetorik, rechtspopulistischer Hetze und rassistisch motivierten Übergriffen konfrontiert sehen, betonen die Wissenschaftler des Zentrums. Einzelheiten bleiben sie schuldig.

Uni-Projekt als Unterstützungsaktion für kritisierten Lehrer?

Soweit so teuer. Das Ganze hat freilich ein Geschmäcke. Denn was hier vordergründig unter „Demokratiebildung“ für AfD-bedrohte Schüler und Studenten verkauft wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen zunächst mal schlicht als Unterstützungsaktion für einen umtriebigen Hildesheimer Gesamtschulleiter. Ihn hatte die [AfD Hildesheim](#) öffentlich

hinterfragt, ob er seine Schüler politisch instrumentalisiert hat. Der Rektor hatte seine Schüler im September 2018 nämlich für ein Foto animiert, um Gesicht zu zeigen gegen „brutale fremdenfeindliche und antisemitische Ausschreitungen“ in Chemnitz und war dafür auch im Netz [heftig kritisiert worden](#). Seitdem wird der Lehrer nicht müde, sich als Märtyrer zu gebärden und zu versuchen, andere für die ausschließlich ihm und seinem Verhalten geltende Kritik einzuspannen. Von keiner Seite wurden Schule oder Schüler angegriffen. Kann es sein, dass der Einsatz der Uni-Gelder einzig und allein dem Umstand geschuldet ist, dass sich ein Netz-Kommentator kritisch mit dem Schulleiter auseinandergesetzt hat?

Der Vorfall kommt offenbar auch Niedersachsens Bildungsminister Grant Tonne (SPD) zupass, der gerade mit der AfD auf Landesebene im Clinch liegt. Diese hat seit kurzem ein Meldeportal freigeschaltet, auf dem gemeldet werden kann, wenn Lehrkräfte Schüler politisch indoktrinieren. In Hildesheim sagte er jetzt: Wenn eine Partei wie die Alternative für Deutschland unsere Demokratie angreift, ist es die Pflicht unserer Schulen, das auch zu thematisieren.“ Wo und wie die Demokratie, Schulen, Studenten und Schüler in Niedersachsen von der AfD angegriffen worden sein sollen, entzieht sich allerdings bisher dem Auge des Betrachters.

Trotzdem wird nun also Niedersachsens Schülern und Studenten „Demokratiebildung“ eingepaukt, obwohl unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung in Niedersachsen fast 50 Jahre lang Zeit genug war, dies zu tun. Ist offenbar nicht gelungen und wird ab sofort universitär von wissenschaftlichen Experten aus Hildesheim begleitet und sicherlich richtig kanalisiert.

Wie sagte doch der kritische [Wissenschaftsblog „sciencefiles“](#) kürzlich zu einem ähnlichen Thema: „Früher hieß es: Qualität aus deutschen Landen. Heute heißt es: Irrsinn von deutschen Universitäten.“